

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 48 (1954)
Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : das Ringen um Ostasien ; Asien den Asiaten! ; "Ein radikal neues Programm" ; Konservativer Katholizismus in den USA... ; ...in Kanada ; ...und in Lateinamerika
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139905>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von Deinem Willen zum Frieden in die Herzen Deiner Hörer möchtest säen können, nicht als menschliche Wunschträume, sondern auf dem konkreten Grunde der Welt, wie sie gegenwärtig ist, und unter dem Gebot und der Verheißung Jesu Christi: Euch ist es gegeben, das Geheimnis des Reiches Gottes zu wissen! Wir religiösen Sozialisten aber wollen uns dankbar jedes Jahres freuen, das Gott der Herr Dir noch schenkt, und über jedes Zusammensein mit Dir, das uns immer wieder stärkt und bereichert.

Arthur Rackwitz

WELTRUNDSCHAU

Das Ringen um Ostasien Während ich dies schreibe, beginnt drüben am rechten Ufer des Genfersees der zweite Abschnitt der Ostasienkonferenz. Der erste Abschnitt war durch drei Tatsachen gekennzeichnet: 1. das Festlaufen der Verhandlungen über einen Friedensschluß in Korea; 2. den völligen Mißerfolg des amerikanischen Versuches, durch Drohung mit einer «Kollektivaktion der freien Nationen» die Chinesen einzuschüchtern und den Vereinigten Staaten so den Weg zu einem massiven Eingreifen in Indochina freizuhalten; 3. das ebenso vollständige Scheitern des französischen Versuches, Amerika zu einer sofortigen, entscheidenden Hilfsaktion für die schwer bedrängte Kolonialarmee Frankreichs in Indochina zu veranlassen, gefolgt vom Fall der Festung Dien Bien Phu, um die acht Wochen lang zwischen den französisch-vietnamischen Verteidigern und den vietminhischen Angreifern ein grauenhaftes Gemetzel gewütet hatte. Der zweite Konferenzabschnitt wird nun den Versuch sehen, die französisch-amerikanischen Schlappen wiedergutzumachen und das Ziel der «Rettung Indochinas und Südostasiens für die freie Welt» auf anderen Wegen zu erreichen.

Was sind die Gründe, die zu dem eklatanten Mißerfolg der amerikanischen und überhaupt westmächtlichen Ostasienpolitik in Genf geführt haben? Denn es ist ein Mißerfolg; das läßt sich durch keine Vernebelungskünste aus der Welt schaffen, und der demokratische Senator Gillette hat kaum sehr unrecht, wenn er (am 6. Mai) in Washington feststellte:

«Der Zusammenbruch der amerikanischen Führung der freien Nationen in Genf ist eine Tatsache. Niemand kann oder wird das leugnen. Dieser Zusammenbruch hat den Vereinigten Staaten bereits viel von ihrem Einfluß in Europa gekostet, und in Asien werden wir noch stärker, wenn nicht völlig, das Gesicht verlieren.»

Die Frage ist nur, was diesen ernsten Rückschlag verursacht hat und ob die Westmächte aus ihm etwas lernen werden. So wie wir die Dinge

sehen, haben zwei Umstände zusammengewirkt, um die gegenwärtige Lage in und um Indochina herbeizuführen. Einmal der Wille der Westmächte und vor allem der Vereinigten Staaten, die schwebenden Konflikte mit den Oststaaten dadurch zu lösen, daß sie diese einfach zur *Kapitulation zwingen*. Also keine Verhandlung zwischen Gleichgestellten mit gegenseitigen Zugeständnissen, vielmehr Niederringung des Ostens durch einen auf höchste kriegerische Schlagfertigkeit gesteigerten Westen; alles vom andern fordern und selbst nichts geben; völlige Entmachtung des Weltkommunismus durch Gewaltdrohung oder Gewaltanwendung von seiten der antikommunistischen Staaten — das ist und bleibt vorerst der Leitgedanke der westeuropäisch-amerikanischen Politik und Strategie. An der Berliner Konferenz hatte diese Politik einen gewissen Erfolg, insofern nämlich, als die Westvölker mehr oder weniger geschlossen auf der Linie der geringsten Opfer festgehalten werden konnten: Lösung der deutschen Frage einseitig auf Kosten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten und Anschluß Gesamtdeutschlands (sowie Österreichs) an das westmächsliche Militärsystem. In Genf wird es — das kann man schon heute sagen — der westlichen Diplomatie kaum gelingen, die ihrem Einfluß zugängliche Welt von der Möglichkeit eines «Siegfriedens» gegenüber dem Osten zu überzeugen, weder in bezug auf Korea noch gar auf Indochina. Denn hier — und das ist der andere Grund für die jüngsten Schlappen der Westmächte — liegt es allzu offen am Tag, daß sich die Vereinigten Staaten ebenso wie Frankreich und auch England einer *gänzlichen Verkennung der Machtverhältnisse* und vor allem der *Rechtslage* — im tieferen Sinne verstanden — schuldig machen. Die Europapolitik der Westmächte ist zwar sicher auch eine schlechte Sache, obschon die antikommunistisch verängstigten und verhetzten «freien Nationen» es erst jetzt klarer zu sehen beginnen. Aber sie kann sich wenigstens auf eine gewaltige Militärmacht stützen, wie sie in den letzten acht Jahren von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten zur Durchsetzung ihrer Druck- und Drohstrategie gegenüber der Sowjetunion und den Volksrepubliken aufgebaut worden ist. In Ostasien fehlt den Westmächten eine solche Macht. Die französische Armee in Indochina zerfällt; Tschiang Kai-Scheks Formosaarmee ist für sich allein so wenig kampffähig wie Syngman Rhees südkoreanische Armee; die amerikanische Asienarmee aber, eingeschlossen die Kriegsmarine und die Luftflotte, darf ohne Mithilfe Großbritanniens und Frankreichs an einen Großkrieg gegen China überhaupt nicht denken, und die Wiederaufrüstung Japans steht erst in den Anfängen. Alles machtmäßige Auftrumpfen Amerikas wird darum in Ostasien nur als Bluff gewertet und stößt immer mehr auf die erbittertste Feindschaft *aller* asiatischen Völker, die — anders als die westeuropäischen — mit dem Kommunismusgespenst nicht mehr zu schrecken sind, vielmehr in den kommunistischen Mächten ihre natürlichen Bundesgenossen und Helfer sehen.

Die westliche Propaganda versucht zwar auch auf die Korea- und

Indochinafrage das Schema vom Kampf der freien Welt gegen den kommunistischen Imperialismus und Despotismus anzuwenden. Was Korea betrifft, braucht darüber nichts mehr gesagt zu werden; der ganze Koreakrieg wurde ja von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten unter der Flagge eines Kreuzzuges für Recht und Freiheit geführt. Das war, wie wir von Anfang an klargestellt haben, eine krasse Unwahrheit. Aber der Teilerfolg dieser Unwahrheit ermutigte die Westmächte, es damit auch in Hinsicht auf *Indochina* zu probieren. Schon vor vier Jahren, im Mai 1950, behauptete der damalige Außenminister Acheson, der Vietminh stehe im Dienste des «Sowjetimperialismus». Sein Nachfolger Dulles wollte auch China als «Angreifer» brandmarken lassen (wie es bereits im Koreakrieg geschehen war) und eine neue Einheitsfront der «gesitteten Welt» gegen den ruchlosen «Angriff auf Freiheit, Frieden und Sicherheit Südostasiens» zustandebringen, den die von Peking und Moskau aus «ferngesteuerte» Vietminh-Rebellion darstelle. Präsident Eisenhower nahm seinerseits diese Losung in aller Form auf, als er die Schlacht um Dien Bien Phu als «Symbol des Willens der freien Welt zum Widerstand gegen die Aggression der Diktaturen» feierte. Und natürlich wandelt die französische Regierung das Thema vom Freiheitskampf der Fremdenlegionäre und der gedungenen Vietnamsoldaten in allen Tonarten ab, weithin unterstützt von der bürgerlichen und auch der sozialdemokratischen Presse Westeuropas. Der Großteil der Schweizerpresse und namentlich auch unser Radio sprechen gleichfalls beständig von der Regierung und den Truppen des Vietminh als «Rebellen», in dem üblichen wegwerfend-hochmütigen Sinn, den das Wort im Munde der «Ordnungsmächte» aller Länder angenommen hat — nicht bedenkend, daß die Indochinesen noch hundertmal mehr Recht zur Rebellion hatten als die Eidgenossen des 13. und 14. Jahrhunderts, die sich gegen Ausbeutung, Entrechtung und Fremdherrschaft auflehnten.

Lasse man sich aber durch all diese Phrasenmacherei und Propagandakunst nicht in der Erkenntnis beirren, daß es sich bei dem Kampf in Indochina um nichts anderes handelt als um *ein Stück der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem Kolonialismus und Imperialismus des Westens und der Unabhängigkeits- und Aufstiegsbewegung der farbigen Völker*, die jetzt endlich, nach jahrhundertelanger Knechtung und Zertretung, ihr ganz einfaches Menschenrecht fordern. Auch Nicholas Read-Collins, der ehemalige Leiter der britischen Abteilung in General MacArthurs Hauptquartier in Tokio, spricht es in einer kürzlich erschienenen Schrift* rückhaltlos aus: der französisch-amerikanische Krieg in Indochina hat kein anderes Ziel als «die Wiederherstellung der französischen Kolonialmonopole und der Macht der Bank von Indochina»; er ist nichts als ein «Krieg um Profit, wie man seinesgleichen seit der Aus-

* Report on the War in Indo-China. Herausgegeben von der Union für Demokratische Kontrolle, London.

plünderung Asiens während des 19. Jahrhunderts vielleicht nicht mehr erlebt hat».

Die Ausbeutung von 23 Millionen Vietnamesen, so stellt Read-Collins fest, wurde vor dem Zweiten Weltkrieg «von 42 000 französischen Kolonisten durchgeführt, deren Unternehmungen eng mit den ,200 Familien' Frankreichs verbunden waren — den Berthelot-, Rivaux-, Wendel-, Rothschild-Interessen und so weiter». Unmittelbar nach dem Krieg besaßen 94 Prozent der Bauern nicht viel mehr als je anderthalb Jucharten Boden. Die Mittelbauern, fünf Prozent der Bevölkerung, besaßen 28 Prozent des anbaufähigen Bodens, während die Großgrundbesitzer fast einen Drittel allen Bodens in ihrer Hand hatten. Die französischen «Colons» besaßen außerdem die größten Reisfelder, Plantagen und Gummibaumwälder; rund 700 von ihnen besaßen acht Prozent des ganzen Reisbaulandes, wobei einige Besitzungen bis zu 45 000 Jucharten groß waren.

Mit dem Einzug der französischen Kolonialherren brach die alte Selbstversorgungswirtschaft der Dorfgemeinden Stück um Stück zusammen. Die Bauern kamen in Schulden und Zinsknechtschaft. Die besitzlosen Bauern hatten die Hälfte ihres Ernteertrages als Pachtzins abzuliefern. Im Jahre 1937 mußten sie fast drei Viertel ihres Jahreseinkommens für Nahrungsmittel ausgeben, in der Hauptsache für Reis, dessen Verbrauch ständig sank (im Jahre 1900 noch 132 Pfund pro Kopf, 1914 113 Pfund, 1937 nur mehr 91 Pfund). Was diese ebenso ungenügende wie einseitige Ernährung für den Gesundheitszustand des Volkes bedeutet, kann man sich unschwer vorstellen; de Castro spricht in seinem Buch über die «Geographie des Hungers» von «Brechdurchfall und teilweisem oder vollständigem Hungerödem, wie er so verbreitet ist in Gebieten, wo die Ernährung fast ausschließlich auf Reis beruht, wie in China und Indochina». Dabei entfiel nach Read-Collins auf je 38 500 Einwohner nur ein Arzt (für die Franzosen in Indochina steht ein Arzt schon auf je 250 Personen zur Verfügung). Kindermord, als Folge von Armut, ist etwas Normales. Mit der Volksbildung steht es nicht besser; für eine Bevölkerung so groß wie diejenige Spaniens gab es 1941/42 ganze vier Sekundarschulen; auf je 100 000 Einwohner kamen 25 Kinder, die die Primarschule und fünf, die die Sekundarschule besuchten. Die Arbeitslöhne waren und sind in den von Frankreich abhängigen Landesteilen jammervoll niedrig und verlieren immer noch an Kaufkraft; den Index von 1939 mit 100 Punkten angenommen, standen die Löhne 1949 auf 1680, der Reispreis aber auf 3150. Dafür wird das Opiumrauchen von «oben» her planmäßig gefördert; der Alkoholverbrauch war mindestens eine Zeitlang obligatorisch (7 Liter je Kopf und Jahr).

Kein Wunder, daß die Interessenten der französischen Kolonialwirtschaft märchenhafte Gewinne machten. Die Reisexporteure erlösten für ihre Ware viermal mehr, als sie den einheimischen Reisbauern zahlten. Im Jahre 1937 erzielten 19 französische Gummigesellschaften einen Ge-

winn von 2,47 Millionen Pfund Sterling auf einer Produktion im Wert von nur etwas über 5 Millionen Pfund. Die Gesamtlohnsumme hingegen, die sie auszahlten, belief sich auf nicht mehr als 320 000 Pfund. Die Kohlenbergwerke von Tonking warfen bei einem angelegten Kapital von 5,5 Millionen Pfund in den Jahren 1928 bis 1944 einen Gewinn von zusammen mehr als 43 Millionen Pfund ab. Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter aber betrug ganze vier Pfund (kaum 50 Schweizer Franken) im Jahr. Die Bank von Indochina andererseits, die hinter der ganzen indochinesischen Kolonialwirtschaft steht, machte im Jahrzehnt 1934 bis 1944 einen Reingewinn von nicht weniger als 43,65 Millionen Pfund Sterling. Sechs ihrer Direktoren hatten im Jahre 1944 zugleich 75 Direktorenposten in 44 indochinesischen Gesellschaften inne.

Asien den Asiaten! Das waren — und sind noch heute in den französisch besetzten Gebieten Indochinas — die Zustände, gegen die das Volk von Vietnam revoltierte! Siebenmal hat es sich gegen die französische Herrschaft erhoben, bevor die Japaner kamen. Mit der japanischen Niederlage in Ostasien erlangte es dann auch seine eigene Freiheit, die von Frankreich im März 1946 feierlich anerkannt wurde. Die Umtriebe der Kolonialinteressenten, die sofort einsetzten, verhinderten indessen die Ausführung des mit Dr. Ho Chi Minh als Präsidenten der vietnamischen Republik getroffenen Abkommens, und bereits im Dezember 1946 herrschte zwischen beiden Parteien ein eigentlicher Kriegszustand, als Beginn jener «sale guerre», die Frankreich 700 bis 800 Milliarden Francs jährlich und schon bisher mehr als 30 000 Menschenleben gekostet hat. Nur das immer umfassender gestaltete Eingreifen der Vereinigten Staaten — sie haben bereits mehr als sieben Milliarden Schweizer Franken in das Unternehmen gesteckt — vermochte den Sieg der vietminhischen Befreiungsbewegung zu verhindern, und nach dem Grundsatz, daß befiehlt, wer bezahlt, sind es jetzt tatsächlich die Amerikaner, die in Indochina gebieten, anscheinend fest entschlossen, diesen Eckpfeiler ihrer ostasiatischen Machtstellung um keinen Preis zerbrechen zu lassen. Strategische wie wirtschaftliche Gründe, so betonte Präsident Eisenhower neuerdings (am 7. April), zwängen Amerika dazu, unter allen Umständen Indochina zu halten, und eine zunächst nicht genannte «hochgestellte Persönlichkeit» in Washington — sie wurde später als Vizepräsident Nixon enthüllt — fügte sogar («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 931) hinzu, die Vereinigten Staaten müßten «mit Landtruppen in den Kampf in Indochina eingreifen, wenn Frankreich sich zurückziehen wollte». «Dieselbe Persönlichkeit», so bemerkt der Korrespondent der «NZZ» in der amerikanischen Hauptstadt, «erklärte auch, es müsse in Genf ein Kompromiß über Indochina unbedingt verhindert werden. Dulles' Diplomatie wirkt darauf hin, und man glaubt, daß sie erfolgreich sein werde.»

Das war — und ist noch immer — der amerikanische «Meisterplan».

Wird er sich durchführen lassen? Die bisherigen Erfahrungen sprechen nicht gerade dafür. Vor allem hat die von Staatssekretär Dulles in die internationale Auseinandersetzung geworfene Anregung, durch eine «Kollektivaktion» der Westländer Indochina für die «freie Welt» zu retten (so wie auch Korea «gerettet» worden sei), einen eigentlichen moralischen Aufstand gegen die Vereinigten Staaten erzeugt. Dies um so mehr, als kurz vorher die Verkündigung von Amerikas «neuer Strategie» — sofortige Vergeltungsschläge mit vernichtender Wirkung gegen einen kommunistischen «Angreifer» — und die Experimente mit der Wasserstoffbombe einer entsetzten Menschheit gezeigt hatten, wessen sie sich versehen müßte, wenn in Washington der Entschluß zur Auslösung einer solchen Aktion gefaßt würde. Vor diesem elementaren Aufruhr der Geister wich denn auch sogar Dulles zurück; das einzige, was von seinem Plan übrigblieb, war die grundsätzliche Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs zu einem «Verteidigungsbund» für Südostasien, falls die Genfer Konferenz zu keinem für die Westmächte befriedigenden Ergebnis führen würde.

Aber auch in dieser gemilderten Form stieß das amerikanische Projekt in Westeuropa auf den stärksten Widerstand. Die Art und Weise, wie man in Washington rede — so schrieben beispielsweise die Londoner «Peace News (9. April) —, trage gerade dazu bei, Genf zu einem Fehlschlag zu machen. «Das ist die Sprache der Verdächtigung und des Diktates und nicht diejenige des Kompromisses — die Sprache von Leuten, die auf eine bedingungslose Kapitulation ausgehen, nicht auf Verhandlung.»

Und Aneurin Bevan, der aktivste Wortführer des linken Flügels der Labourpartei, trat zum Protest gegen die von der britischen Regierung unterstützten «Allianzpläne» demonstrativ aus der Leitung der Parlamentsfraktion aus. «Wir müssen» — so forderte er in einem Zeitungsartikel, den auch das Zürcher «Volksrecht» im vollen Umfang abdruckte (22. April) — «mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen, daß diese Haltung der Vereinigten Staaten die größte Bedrohung des Friedens darstellt, die wir gegenwärtig in der Welt erkennen können. Die Amerikaner wollen uns in eine Politik hineinziehen, die direkt zum Kriege führen muß.»

Man könnte die Zitate vervielfachen, so allgemein war das Entsetzen vor dem Abgrund, der sich da plötzlich vor den Völkern aufzutun schien. «Schien», sagen wir; denn wer sehen wollte, dem stand ja der Abgrund schon seit Jahr und Tag völlig greifbar vor Augen. Aber es ist dennoch ein Fortschritt, daß sich eine Sachlage, die wir und andere einem durch die Kommunistenangst verblendeten Geschlecht bisher vergeblich klarzumachen suchten, nun allmählich auch von weiteren Kreisen erkannt wird — die Tatsache nämlich, daß die wirkliche Gefahr eines neuen Weltkrieges von Amerika ausgeht und nicht vom «roten Imperialismus».

Womöglich noch heftiger als gegenüber dem amerikanischen Zu-

kunftsplan reagierten die Völker auf den von reiner Panikstimmung eingegebenen Hilferuf der französischen Regierung an die Vereinigten Staaten und Großbritannien zugunsten eines sofortigen militärischen Eingreifens in Indochina. Das war dann wirklich der Gipfel der Kopflosigkeit und des Abenteuerertums — sofern es nicht einfach ein diplomatischer Trick war, darauf berechnet, die Unvermeidlichkeit eines französischen Rückzuges aus Indochina klarzumachen. Auf jeden Fall sagte nun sogar England ohne Zögern nein. Und in der Tat, auch ein mit sehr starken Kräften unternommenes Eingreifen der beiden angelsächsischen Mächte hätte das Schicksal des französischen Expeditionskorps nicht mehr zu wenden vermocht. Atombomben und -granaten, ja sogar die modernen Waffen herkömmlicher Art können eben in einem Dschungelkrieg, wie er in Indochina geführt wird, nicht viel ausrichten, um so weniger als die Vietminh-Armee an der Bevölkerung den stärksten Rückhalt hat, während jede ausländische Truppenmacht auf asiatischem Boden heute als Feind aller Einheimischen betrachtet und behandelt wird. Die politischen Fehlwirkungen eines britisch-amerikanischen Eingreifens in Indochina wären darum womöglich noch größer als die rein militärischen. China würde seinerseits zur offenen Intervention gezwungen; die mit ihm verbündete Sowjetunion käme vielleicht nach; Indien fiel vom britischen Staatenbund endgültig ab; in Westeuropa selbst gäbe es Massenwiderstand und Kriegssabotage, ja Revolten. Das alles war der britischen Regierung gewiß von vorneherein klar — und in Washington mußte man sich wohl oder übel damit abfinden. Ja, nicht unbedeutende Volksteile in den Vereinigten Staaten selbst rückten mehr und mehr von der ganzen Asienpolitik der Regierung Eisenhower ab, deren Katastrophennatur nur noch ganz verhärteten Gemütern verborgen sein kann. Und wenn der liberale Londoner «Economist», der sonst stramm zu Amerika hält, rund heraus feststellte, daß die heillose Verwirrung, Uneinigkeit und Ratlosigkeit in den westmächtlichen Reihen «zum größten Teil durch wildes und unverantwortliches Geschwätz in Washington fabriziert worden» sei, so drückt er damit nur eine Meinung aus, die über die ganze Welt hin sozusagen von allen denkenden Menschen geteilt wird, sofern sie auch nur einen Funken Verantwortungsgefühl haben. «Asien den Asiaten!», «Hände weg von Indochina und Korea!» — das wird so immer mehr zur Losung nicht allein der farbigen Völkermassen im östlichen Riesenerdteil, sondern auch derjenigen Schichten in Westeuropa und Amerika, die einzusehen beginnen, daß jeder andere Kurs früher oder später unfehlbar in einer neuen Weltkatastrophe enden muß.

„Ein radikal neues Programm“ Aber noch sind wir nicht soweit, daß sich diese Erkenntnis auch bei den Regierungen durchzusetzen anfinge. In Frankreich allerdings, da scheint man nachgerade endgültig genug von Indochina zu haben. Besonders der Fall von Dien Bien Phu hat dort offenbar eine heilsame Er-

nüchterung bewirkt. Der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sagt es in Nr. 1130 recht unverblümt:

«Das seit Jahren aufgestaute Mißvergnügen über den unpopulären und verlustreichen Krieg, den die meisten Leute bisher mit fatalistischer Ergebenheit hingenommen hatten, bricht plötzlich durch und macht sich mit erbitterten Anklagen Luft: ‚Man hat uns nicht die Wahrheit gesagt! Wir sind betrogen worden! Es ist Zeit zu einer Abrechnung!‘»

Neue Regimenter auf die indochinesische Schlachtbank zu schicken — dazu hat man heute in Frankreich noch weniger Lust als bisher. Eher sei anzunehmen, meint der genannte Journalist, «daß Frankreich sich darauf einstellt, von den Vereinigten Staaten abgelöst zu werden, also sein Expeditionskorps bis zum letzten Mann einzuschiffen, ohne die geräumten Gebiete den kommunistischen Truppen zu überlassen und damit einen Akt der Kapitulation zu vollziehen».

Aber könnte Amerika den Indochinakrieg wirklich ganz in eigene Regie nehmen, ohne Unterstützung durch Frankreich, England und die anderen Staaten, auf die es für seinen Südostasienbund rechnet? Daran ist vernünftigerweise nach allem, was wir gesagt haben, kaum zu denken. Dulles, der, nach kaum einer Woche Genf, schwer enttäuscht wieder in die Heimat geflogen ist und dort auf Revanche für seinen Mißerfolg sinnt, ist freilich ganz und gar nicht der Mann, der seinen Irrtum einzusehen die Größe hätte. Er wälzt weiterhin seinen Plan einer «Einheitsfront der freien Nationen gegen den imperialistischen Kolonialismus der Kommunisten» und verhehlt auch gar nicht, daß dieser Plan (wie er sich in einer Ansprache ausdrückte) «ernste Engagements für alle Teilnehmer mit sich bringen», also zu einem zweiten Koreakrieg, ja zu einem Weltkrieg führen könnte. «Tatsache ist», so liest man sogar in der Genfer «Suisse», «daß Herr Dulles die Möglichkeit eines neuen Krieges vor das amerikanische Volk hingestellt hat.» Es stimmt mit dieser Deutung der amerikanischen Absichten durchaus überein, wenn der Unterstaatssekretär im Washingtoner Außenministerium, Walter S. Robertson, nach einer Feststellung Nehrus (von der übrigens in Europa unseres Wissens vorher nichts bekannt war) unlängst ganz offen erklärte, daß «Amerika Asien auf unbestimmte Zeit hinaus beherrschen muß, um das kommunistische China solange militärisch zu bedrohen, bis es innerlich zusammenbricht».

Aber noch einmal: das ist nicht mehr eine irgendwie von Vernunft geleitete Politik; es ist reiner Wahnsinn*. Das neue China wird nicht

* Der «New Statesman» erklärt diesen Wahnsinn teils mit der Kompaßlosigkeit des amerikanischen Regierungskurses, die gleichzeitig die Verfolgung der verschiedenartigsten Richtlinien erlaube, teils mit der Rücksicht auf die Herbstwahlen, die es den Politikern absolut verbiete, Zugeständnisse an die Kommunisten zu machen. Aber die gegenwärtige amerikanische Regierung ist eben doch nicht bloß die Gefangene ihres politischen Apparates. Die Diplomatie der USA hat nicht erst unter Eisenhower und Dulles jede vernünftige Verhandlung mit der Sowjetunion und mit China als «Appeasement», als selbstmörderische Scheinbeschwichtigung eines unerbittlichen Fein-

zusammenbrechen; es wird bleiben. Indochina wird nicht mit Waffengewalt für die westliche Welt und ihre Gesellschaftsformen zu «retten» sein, sondern sich gänzlich von seinen «Rettern» freimachen. Für Korea gilt das gleiche. Und dasselbe für die übrigen südostasiatischen Länder. So wie Amerika die Partie in China verloren hat, wo trotz — nein gerade wegen seines massiven Eingreifens für Tschiang Kai-Schek die kommunistisch geführte Freiheitsbewegung durchgedrungen ist, so wird es in ganz Ost- und Südostasien gehen, wenn die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ihre bisherige Politik fortsetzen. Daran ändern alle Winkelzüge, Projekte und Manöver, die in Genf noch ausgeheckt werden mögen, nicht das mindeste. Wir wissen zwar gut, welchen Mut es für die Westmächte braucht, damit sie auf ihre Gewaltpläne verzichten, Indochina wie auch Korea freigegeben, einen für die Gegenseite annehmbaren Waffenstillstand in Indochina abschließen* und einen Übergang ganz Südostasiens ins kommunistische Lager riskieren. Aber sie sind eben selber daran schuld, daß die soziale und nationale Freiheitsbewegung in Asien (wie anderwärts) heute im Zeichen des Kommunismus steht. Mit einer Politik, wie sie im letzten Augenblick Großbritannien, unter Labourführung, gegenüber Indien und Burma eingeschlagen hat, wie sie auch Holland schließlich in Indonesien angenommen hat, hätten sie die «Kommunisierung» Chinas, Koreas, Indochinas usw. verhindern können. Es ist darum kindisch, für den jetzigen Stand der Dinge in Indochina und Korea die «Moskauer und Pekinger Imperialisten» verantwortlich zu machen. Gänzlich widersinnig und verhängnisvoll aber wäre es, wenn die Westmächte weiterhin mit Heeresmacht dem weiteren Umsichgreifen des Kommunismus in Südostasien wehren zu können hofften. Das genaue Gegenteil würde ja eintreten: ein gewaltiges Anschwellen der kommunistischen Grundwelle in diesen Ländern und ihr Übergrei-

des, gebrandmarkt, sondern schon unter Truman und Acheson. Wenn sie jetzt einsehen sollte, daß dies Unsinn ist, aber gegen die öffentliche Meinung nicht mehr aufzukommen vermöchte, so trägt daran in erster Linie der reaktionäre Antikommunismus der kapitalistischen Führungsschicht die Schuld, dem sich seit 1945 die Regierungen der Vereinigten Staaten — einerlei, ob demokratisch oder republikanisch — aufs neue verschrieben haben.

* Daß die Waffenstillstandsbedingungen Bidaults, die unter anderem der Vietminh-Regierung die Räumung einer Reihe bereits von ihr beherrschter Gebiete zumuten, von dieser nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden können, ist klar. Aber hinter Bidault steht eben die amerikanische Delegation, deren Chef, Unterstaatssekretär Bedell Smith, nach einer Meldung der United Press vom 17. Mai erklärt hat, die Vereinigten Staaten lehnten jeden Vertrag ab, der irgendeinen Teil Indochinas der Vietminh-Regierung unterstellen würde. Die Regierung des Kaisers Bao Dai sei die einzige gesetzmäßige Regierung des Staates Vietnam, der unter keinen Umständen geteilt werden dürfe. Also: völliges Verschwinden des Vietminh, dessen siebenjähriger Freiheitskampf mit einer einfachen Kapitulation seiner Armee und seiner Regierung zu enden habe — das ist die Forderung Amerikas. Wie unter diesen Umständen ein für die Regierung Ho Chi Minh annehmbarer Waffenstillstand herbeigeführt werden soll, bleibt ein Rätsel. Und dabei schreiben fast alle unsere Zeitungen, es sei der Vietminh — die «Rebellenregierung» —, der unannehmbare Bedingungen stelle!

fen auch auf Gebiete, die bisher von ihr noch mehr oder weniger unberührt waren.

Mit anderen Worten: Der Westen hat nur dann eine Chance, in Asien (und anderswo!) den Kommunismus *als Diktatur* abzuwehren, wenn er ihn als Ausdruck der fälligen sozialen und nationalen *Revolution* anerkennt. Solange aber sein Kampf gegen kommunistisches Diktaturwesen nur ein Vorwand ist, um die revolutionäre Bewegung der unterdrückten Rassen und Klassen zu *ersticken* — und zwar im Bund mit *gegenrevolutionären* Diktaturen, an deren Gewalttätigkeit er sich herzlich wenig stößt —, solange wird er nur dazu beitragen, den Kommunismus immer weiter auszubreiten und ihn zum allein ernst zu nehmenden Träger der Revolution unserer Zeit zu machen. Wie A. J. Muste, der frühere Sekretär des amerikanischen Zweiges des Versöhnungsbundes, in den «Peace News» (7. Mai) richtig schreibt:

«Der einzig wirkliche Sieg, ein Sieg für die menschlichen Wesen auf beiden Seiten der Schlachtlinie, kann nur von einem radikal neuen Programm ausgehen... Für die Vereinigten Staaten würde dies heißen: ... Verwendung des Geldes, des Materials, der Intelligenz, der organisatorischen Fähigkeiten, der reichen Energien des amerikanischen Volkes, die gespart werden könnten, wenn wir das veraltete, verrückte, selbstmörderische Kriegsgeschäft fahren ließen, zur Unterstützung der Volksrevolutionen ringsum in der Welt, zur Hilfe an die Volksmassen für die Hebung ihres Lebensstandards — und das heißt zur Schaffung der geistigen und materiellen Bedingungen, auf denen allein Frieden für Amerika und die Welt aufgebaut werden kann.»

Konservativer Katholizismus in den USA . . .

In unserer letzten Weltrundschau haben wir begonnen, die Rolle einer bestimmten Richtung des römischen Katholizismus im geistigen und politischen Kampf der Gegenwart zu beschreiben, zunächst einmal grundsätzlich. Es wird von hier aus ohne weiteres klar, warum das offizielle Rom in diesem Kampf *auf Seiten der Westmächte*, besonders der *Vereinigten Staaten*, Stellung bezogen hat. Seine ganze sozialkonservative, ja gegenrevolutionäre Orientierung drängt es ebenso stark auf diese Seite wie seine materiellen Interessen. Die herrschende Klasse Amerikas kann sich keinen zuverlässigeren Bundesgenossen im ideologischen Krieg gegen den Kommunismus wünschen. «Pius des Elften Enzyklika von 1937 über den ‚atheistischen Kommunismus‘», so schreibt Paul Blanshard in seinem Buch «American Freedom and Catholic Power» («Amerikanische Freiheit und Katholische Macht»),

«ist das Gesetz und die Propheten für die politische Haltung der Kirche, und die amerikanische Geistlichkeit hat den Antikommunismus seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zum Zentralgegenstand ihres Wirkens gemacht... ‚Der Kommunismus‘, sagte Pius XI., ‚ist im innersten Kern falsch, und niemand, der die christliche Kultur retten möchte, darf mit ihm in irgendeinem Unternehmen zusammenarbeiten.‘ In der katholischen Propaganda Amerikas ist der russische Kommunismus buchstäblich und bildlich ein Teufel. Für die Priester ist es ein Glücksfall, daß ihre Furcht mit der amerikanischen Nationalfurcht zusammentrifft.»

Und die Regierenden in Amerika ziehen natürlich aus dieser Gemeinsamkeit der Gefühle und Interessen den größtmöglichen Nutzen. Ist für Rom die amerikanische Weltmacht heute «das Schwert der Kirche», so für Washington der konservative Katholizismus die geistige Hilfstuppe par excellence im Kampf gegen die Revolution. «Den Zusammenschluß der moralischen Ordnungskräfte in der Welt zu verwirklichen», das erklärte Präsident Truman als eines seiner höchsten Ziele in der Botschaft, die sein Sondergesandter Myron Taylor — einer der höchstgestellten amerikanischen Stahlmagnaten — am 26. August 1947 Papst Pius dem XII. überreichte. Und er fuhr fort:

«Ich halte dafür, daß die größte Notwendigkeit der heutigen Welt die Wiedergeburt des Glaubens ist... Vermittelt des Glaubens dringen die Absichten Gottes in die Herzen und Handlungen des Menschen ein.»

Der Papst antwortete seinerseits umgehend:

«Eure Exzellenz und alle Verteidiger der Rechte der menschlichen Person werden in der Kirche Gottes eine herzliche Zusammenarbeit finden.»

Und tatsächlich bewährt sich die neue Entente cordiale in all den Auseinandersetzungen und Weltmachtkämpfen unserer Tage aufs beste. Nur daß Rom seine Unentbehrlichkeit für das kapitalistisch-imperialistische Amerika zäh und geschickt auch dazu ausnützt, seinen Einfluß in den Vereinigten Staaten selbst immer weiter zu vermehren. Blanshard stellt ganz sachlich fest:

«In zweihundert Jahren ist die Römisch-katholische Kirche in den Vereinigten Staaten von der kleinsten zur größten Kirche des Landes herangewachsen, gibt sie doch für 1948 eine Gefolgschaft von 26 Millionen Amerikanern an. Der amerikanische Zweig des römischen Glaubens ist jetzt fast dreimal so groß wie die größte protestantische Einzelgemeinschaft in den Vereinigten Staaten, die Methodistenkirche, und soll ungefähr 18 Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen. Sie führt an die Kirchenbehörden in Rom mehr Geldbeträge ab als sämtliche anderen Landesorganisationen der Katholischen Kirche zusammen.»

Wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß die Römische Kirche, im Gegensatz zu den protestantischen Kirchen Amerikas, auch die Kinder und die bloßen «Taufscheinkatholiken» mitzählt. Die praktizierenden Katholiken dürften — wie Blanshard glaubt — nur die Hälfte der offiziell angegebenen 26 Millionen ausmachen. Aber auch das genügt, bei der Geschlossenheit und Disziplin, die sie kennzeichnet, um die Katholische Kirche — neben dem organisierten Kapitalismus — zur stärksten «Druckgruppe» der Vereinigten Staaten zu machen. Kein Politiker wagt, sich die Feindschaft dieser Macht zuzuziehen, kein Abgeordneter darf es sich leisten, sich seine katholischen Wähler zu entfremden, keine Zeitung von nationalem Rang — mit ganz wenigen Ausnahmen — wird etwas veröffentlichen, was katholischen Empfindungen und Interessen zuwiderläuft. In Neuyork zum Beispiel

«befinden sich die Schlüsselstellungen der Stadtverwaltung und des öffentlichen Schulwesens in den Händen zuverlässiger Freunde der Hierarchie. Niemand, der als Gegner des Vatikans und des Kardinals (Spellman) bekannt ist, darf in der volkreichsten Stadt der Erde auf einen wichtigen höheren Verwaltungsposten rechnen, obgleich nur 22,5 Prozent der Einwohner Neuyorks Katholiken sind!» (L. Foeltsche in der «Roten Revue», Oktober 1950.)

Fast in jedem Zweig des öffentlichen Lebens der USA ist der katholische Einfluß organisiert, von Wissenschaft und Erziehungswesen über Kunst und Literatur, Jugend- und Sportbewegung bis zu Radio, Film und Presse, zu Wirtschaft und Arbeiterbewegung, zu Frauenvereinen und Farmerorganisationen, zu Militärverbänden, Ärzte- und Krankenschwesternvereinigungen. Eine zentrale Presseabteilung gibt allwöchentlich Mitteilungsblätter und Lesestoff an 437 katholische Zeitungen und Zeitschriften im Umfang von etwa 60 000 Worten heraus*.

Die ganz bewußte Absicht der katholischen Kirchenleitung in Amerika geht darauf aus, in allen Streitfragen des öffentlichen Lebens ihre Lehre und Auffassung dem ganzen Volk aufzuzwingen. «Die amerikanischen Katholiken werden von ihrer Geistlichkeit angewiesen, den Gesetzen des amerikanischen Volkes Trotz zu bieten, wenn diese Gesetze von den Kirchenvorschriften abweichen.» (Blanshard.) Das gilt in erster Linie von der römisch-kirchlichen Auffassung über Staatsreligion, Ehegesetzgebung, Geburtenregelung, Erziehung, Sterilisierung und Fruchtabtreibung aus ärztlichen Gründen. Im Staate Massachusetts zum Beispiel ist unter kirchlichem Druck ärztliche Beratung in Fragen der Empfängnisverhütung gesetzlich verboten worden; die Durchführung der Gesetze über die Sterilisierung von Geisteskranken, Schwachsinnigen und Verbrechern, die in 27 Staaten unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt ist, ist den katholischen Richtern untersagt.

Besonders erbittert ist der Kampf der katholischen Kirchenbehörden gegen die neutrale Schule und gegen den Grundsatz (der sowohl in der Bundesverfassung wie in der Verfassung von 45 der 48 Einzelstaaten verankert ist), daß kirchliche Einrichtungen und Schulen aus öffentlichen Mitteln nicht unterstützt werden dürfen. Man muß allerdings wissen, daß die katholischen Primarschulen in den Vereinigten Staaten aus Mangel an Geldmitteln meistens schlecht geführt werden; zu 90 Prozent werden sie von Nonnen geleitet, die ganz ungenügend bezahlt und vielfach ebenso ungenügend ausgebildet sind. Ähnlich tief ist der Stand der Sekundarschulen, der Colleges und Hochschulen, die unter katholischer Leitung stehen. Insofern ist das Bestreben, Staats- und Bundesgelder für die katholischen Schulen erhältlich zu machen, wohl verständlich. Aber dem steht eben nicht nur das Verfassungsrecht, sondern die ganze geistespolitische Überlieferung der Vereinigten Staaten entgegen. John Dewey, der berühmte amerikanische Philosoph und Erzieher, sagte einmal:

* Diese und andere Einzelheiten nach dem Buch von Blanshard, wohl der besten Quelle für die Kenntnis des Gegenstandes.

«Es kommt alles darauf an, daß diese grundlegende Frage in ihrer wirklichen Bedeutung gesehen wird — nämlich als die Unterstützung einer mächtigen reaktionären Weltorganisation im lebenswichtigen Bereiche des demokratischen Lebens, mit der Wirkung, daß demokratiefeindliche Grundgesetze befördert werden. Wir können nicht leugnen, daß das öffentliche Schulwesen Bundeshilfe braucht, um zwischen Staat und Staat, zwischen Mensch und Mensch gleichartige Bedingungen zu schaffen. Aber es wäre wahrlich ein schlechter Handel, wollten wir materielle Hilfe erlangen und dabei unser größtes geistiges und sittliches Erbe verlieren.»

Und vorerst denkt die Mehrheit der Amerikaner ebenso. Was freilich nicht hindert, daß dort, wo die Möglichkeit dafür besteht, die Römische Kirche auf mehr oder weniger *gesetzlichem* Weg die Hand auf die öffentlichen Schulen legt und sie von innen her beeinflusst, ja erobert. Auch sonst ist die Durchdringung des Behördenapparates mit militanten konservativen Katholiken schon erstaunlich weit vorgeschritten, bis hinauf in höchste Regierungsämter, in die Spitzen der Diplomatie, in die militärischen Kommandostellen usw. Und es gibt nicht wenige Amerikaner, die überzeugt sind, McCarthy verfolge mit seiner Kommunistenverfolgung auch die Absicht, die Protestanten möglichst aus der Bundesbeamtenschaft zu entfernen. Unter den als «verdächtig» entlassenen Beamten des Außenministeriums zum Beispiel befindet sich kein einziger Katholik, und in der von Harold Stassen geleiteten Organisation für Auslandshilfe seien 80 Prozent der Entlassenen Protestanten, während die entlassenen Katholiken großenteils wieder sonst im Staatsdienst untergebracht worden seien. Daß im übrigen der ganze McCarthyismus von katholischer Seite aufs stärkste gefördert wird, ist zu bekannt, als daß wir dabei noch länger verweilen müßten.

... in Kanada Wenn man sehen will, wohin die Politik des konservativen Katholizismus in den Vereinigten Staaten zielt, so braucht man gar nicht sehr weit zu gehen. Die französisch-kanadische Provinz Quebec ist das Musterbeispiel eines Kirchenstaates, in dem die Ideale des unduldsamsten Klerikalismus sozusagen vollkommen verwirklicht sind. Wer je einen Blick in die Städtchen und Dörfer von Quebec getan hat, der weiß, daß es nicht übertrieben ist, wenn Paul Blanshard feststellt:

«Quebec ist das solidest katholische Teilstück unseres Kontinents und, wie ein katholischer Schriftsteller gesagt hat, ‚eines der wenigen fast vollständig katholischen Gemeinwesen, die in der Welt noch übrig bleiben‘. Es gibt dort keine Ehescheidung, keine Geburtenregelung und keine öffentlichen Schulen. Seine Hauptstadt Quebec hat keine öffentliche Bibliothek. Es ist eine kulturelle Wüste in einem fortschrittlichen, demokratischen Dominion, und seine katholische Abgesondertheit ist eine der Hauptursachen seiner kulturellen Vereinsamung.»

Der katholische Klerus beherrscht in der Tat das ganze geistige Leben Quebecs, mit Ausnahme einiger angelsächsischer Kulturinseln in den Städten. Und zwar ein Klerus, der ungefähr auf der Stufe des vorrevolutionären Frankreich stehengeblieben ist. (Auch das kanadische

Französisch mutet, mindestens im Volksmund, seltsam altertümlich-provinziell an.) Vergeblich suchten die Engländer eine neutrale Staatsschule zu schaffen. Heute gibt es nur konfessionelle Privatschulen, katholische und protestantische, und da Quebec fast ausschließlich katholisch ist, so ist das Schulwesen tatsächlich ganz in den Händen der Römischen Kirche. Das Bildungsniveau ist entsprechend tief. «Das Produkt des klassischen Gymnasiums», so schreibt ein kanadischer Journalist in der Neuyorker «Nation» (2. Dezember 1950), «ist ein Herr mit entzückenden Manieren, gut beschlagen in französischer Literatur — minus Balzac, Anatole France, Zola und Voltaire — und in den päpstlichen Rundschreiben, aber mit großen Lücken in geschichtlichen und wirtschaftlichen Kenntnissen und einer fast vollständigen Unwissenheit in bezug auf englische Literatur und auf Naturwissenschaften. Er wird vielleicht Priester, Jurist oder Arzt, aber kein Chemiker oder Ingenieur.»

Ein Führer des Landlehrerverbandes von Quebec protestierte im Jahre 1947 gegen ein System, das Kindern Geschichtskennntnisse von Nonnen beibringen läßt, «die nie eine Zeitung lesen oder Radio hören». Der Schulzwang — der übrigens erst seit 1943 besteht — wird besonders auf dem Land sehr lässig gehandhabt; die Kinder werden nach ein paar Jahren dürftigen Unterrichts in der Pfarreischule schon frühzeitig ins Erwerbsleben eingegliedert. Die katholischen Lehrkräfte bekommen nur etwa halb so viel Gehalt wie die protestantischen.

Eine große Kinderschar ist immer noch selbstverständliche Regel in den katholischen Familien von Quebec, wenn auch die Zahl von einem bis zwei Dutzend Nachkommen, die früher üblich war, etwas zurückgegangen ist. Über eine interessante Kombination kirchlicher Herrschafts- und Bevölkerungspolitik berichtet der katholische Schriftsteller William Teeling (zitiert bei Blanshard):

«Die Französisch-Kanadier sind entschlossen, ihren und ihrer Kirche Einfluß über das ganze Dominion hin auszubreiten. Sie tun dies ganz planmäßig. Gemäß Bundesgesetz können neue Parlamentssitze in den neubevölkerten Provinzen nur geschaffen werden, wenn sich eine bestimmte Anzahl Menschen dort niedergelassen haben. Die Französisch-Kanadier ziehen, getreu ihren Überlieferungen, gewöhnlich Familien von acht bis zehn Köpfen auf. Aber sie suchen die jüngeren Kinder nicht mehr in Quebec festzuhalten. Sie schicken sie als Siedler nach Manitoba, Saskatchewan und Alberta, schauen jedoch darauf, daß diese Französisch-Kanadier in einen neuen Bezirk gehen, der noch keinen Abgeordneten hat. Dann schicken sie weiter Leute in diesen Bezirk, bis er eine Mehrheit von Französisch-Kanadiern hat, die für die Wahl eines neuen Abgeordneten ausreicht. Ist es soweit, dann kommt ein frischer Bezirk an die Reihe . . . Ihre Bevölkerung vermehrt sich so viel schneller als diejenige der angelsächsischen Rassen im Dominion, daß sie diese bald werden überholen können.»

Ob der Plan gelingen wird, mag zweifelhaft erscheinen, wenn man an den wachsenden wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß denkt, der nicht nur von den englischsprechenden Teilen Kanadas selbst, sondern namentlich auch von den Vereinigten Staaten her auf Welsch-Kanada ausstrahlt. Die größte Stadt Quebecs, Montreal, macht im wesentlichen einen geradezu amerikanischen Eindruck. Die ausgleichenden Wirkun-

gen des modernen Lebens machen sich namentlich auch im sozialen Leben der Provinz geltend. Waren noch vor zehn Jahren die katholischen Gewerkschaften von ausgesprochen patriarchalisch-konservativem Geist erfüllt — einer ihrer Theoretiker wies ihnen die Aufgabe zu, sich für «die Notwendigkeit der Erhaltung der Ungleichheit unter den Gesellschaftsklassen» einzusetzen —, so ist hierin seit dem großen Streik der Asbestarbeiter im Jahre 1949 eine sichtbare Wandlung eingetreten. «Wenn die Kirche die Arbeiterklasse verliert, verliert sie alles» — das wird jetzt mehr und mehr die Losung, und demgemäß kämpfen auch die katholisch organisierten Arbeiter Kanadas mit wachsender Entschlossenheit an der Seite der konfessionell neutralen Gewerkschaften um die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Dennoch bleibt, alles in allem genommen, der klerikal-konservative — um nicht zu sagen halbfaschistische — Charakter des französisch-kanadischen Staatswesens bestehen. Viele Kanadier meinen, es sei bereits zu spät, um Quebec dem provinziell-rückschrittlichen Sonderleben zu entreißen, das es, auf dem dreifachen Grund einer eigenen Religion, einer eigenen Sprache und einer verbissenen Feindseligkeit gegen «Les Anglais» — weniger die Engländer als die Britisch-Kanadier — seit zweihundert Jahren führt. Andere glauben mit einem Korrespondenten des «New Statesman» (15. Oktober 1949):

«Mit der Wandlung Quebecs ... von einer landwirtschaftlichen zu einer großen industriellen Provinz und dem sie begleitenden Übergang der Industrie aus den Händen der entfernten Engländer in diejenigen der nahen Amerikaner hat sich der Boden unter all jenen drei Stützen verschoben.»

Wie dem aber auch sei — das Beispiel Welsch-Kanadas zeigt, wohin der Weg führen muß, den ein konservativer, ja reaktionärer Katholizismus so folgerichtig und tatkräftig geht.

... und in Lateinamerika Man sieht das noch deutlicher an den Ländern Mittel- und Südamerikas. Die zwanzig Republiken südlich des Rio Grande zählen eine katholische Bevölkerung von 126 Millionen; Brasilien wird manchmal sogar als katholischer Staat Nr. 1 in der Welt erklärt. Lateinamerika ist zwar in den über vierhundert Jahren, seit es im Namen katholischer Monarchen erobert wurde, sehr im Gegensatz zu Französisch-Kanada, niemals irgendwie gründlich katholisiert worden. Es trägt bis heute mehr den Charakter einer römischen Großkolonie, die erst noch missioniert und bekehrt werden müßte. Die Geldmittel der lateinamerikanischen Kirchen stammen größtenteils aus Nordamerika, und ein erstaunlich hoher Prozentsatz ihrer Geistlichen sind Ausländer, besonders Spanier und Italiener. Ihre Gefolgschaft unter den gebildeten Ständen ist meistens außerordentlich gering; die Volksmassen aber, vor allem die indianische Urbevölkerung, huldigen weithin einem Glauben, der mit Christentum nicht viel zu tun hat.

Tatsache ist aber dennoch, daß in neun lateinamerikanischen Staaten der römische Katholizismus Staatsreligion ist und von der Regierung finanziell unterstützt wird, während für die nichtkatholischen Bekenntnisse die Glaubensfreiheit nur auf dem Papier steht. In den anderen elf Staaten genießt die Römische Kirche auf Grund von Konkordaten besondere Rechte und auf jeden Fall eine ausgesprochene Vorzugsstellung im öffentlichen Leben. Das wirkt sich auch politisch und sozial scharf aus. «In all diesen lateinamerikanischen Ländern», so berichtet Blanshard,

«wurden Franco und Salazar als Musterchristen von spanischen und portugiesischen Priestern gefeiert, die während des Zweiten Weltkrieges als Kulturagenten für den klerikalen Faschismus ihrer Heimatländer wirkten. Francos Bild wurde während des Spanischen Bürgerkrieges fast allgemein in den lateinamerikanischen Klöstern aufgehängt, und katholische, francofreundliche Kundgebungen wurden außerhalb wie innerhalb lateinamerikanischer Kirchen veranstaltet.»

Daß der peronistische Halbfaschismus in Argentinien die freudige Unterstützung der Römischen Kirche fand und sich dafür auch erkenntlich erwies — namentlich im Schulwesen —, versteht sich wohl von selbst.

Römischer Katholizismus wird so in Lateinamerika weithin einfach mit politischer Reaktion faschistischer Tendenz und mit wirtschaftlich-sozialer Ausbeutungswirtschaft gleichgesetzt, obwohl es sehr oft gerade gläubige Katholiken sind, die sich von den politischen Verirrungen und dem materialistischen Bereicherungsstreben ihrer Kirche abwenden. Aber nur ausnahmsweise kommt es aus dem Volk heraus zu offener Auflehnung gegen die herrschenden gesellschaftlichen Ordnungen und damit auch gegen die Römische Kirche. Das stärkste Beispiel dafür ist Mexiko.

Katholische Kirche und spanisches Eroberertum arbeiteten hier jahrhundertlang Hand in Hand, um die indianischen Massen in Unterwerfung und Ausbeutung zu halten. Paul Blanshard, dem wir auch im weiteren folgen, sagt es frei heraus:

«Die Kirche wurde reich und mächtig als Arm des Staates, und der Priester beherrschte als Politiker, Geldverleiher, Grundbesitzer und Magier den rückständigsten Teil der Mischlings- und Indianerbevolkerung mit einer seltsamen Verbindung von mittelalterlichem und primitivem Aberglauben . . . Um die Zeit, da der neue Staat seine Unabhängigkeit erlangt hatte, befand sich vielleicht die Hälfte des Boden- und Kapitalreichtums des Landes in den Händen der Geistlichkeit.»

Was Wunder, wenn sich die mexikanische Revolution, die 1911 ausbrach, mit besonderer Heftigkeit auch gegen die Katholische Kirche richtete, ihren Grundbesitz enteignete und ihr die Herrschaft über die Volksschule entriß! Die klerikale Gegenrevolution, die vom Vatikan aus mit allen Mitteln unterstützt wurde, vermochte an dieser Entmachtung des Klerus nicht viel zu ändern, wenn auch zurzeit eine Art Waffenstillstand zwischen Kirche und Staat herrscht und die Kirche auf dem Umweg über nominell nichtkatholische Privatschulen namentlich ihren Einfluß auf die Jugenderziehung zurückzugewinnen strebt.

Ein wohl typisches Bild von der Lage in den noch am stärksten von

der Katholischen Kirche beeinflussten Landesteilen vermittelt eine Studie über das Dorf Tzintzuntzan (Provinz Michoacan), die in streng unparteiischem Geist von dem Amerikaner George M. Foster verfaßt und im Jahre 1948 von dem Smithsonian Institut, der großen Forschungs- und Museumseinrichtung in Washington, veröffentlicht wurde. Tzintzuntzan hat heute eine öffentliche Schule; aber als sie begründet wurde, stieß sie auf den fanatischen Widerstand der Geistlichkeit und der katholischen Bevölkerung. Ein Priester eröffnete eine Privatschule und exkommunizierte alle Eltern, die ihre Kinder in die Gemeindeschule schickten, so daß diese fast einging. Dabei lehrte die Privatschule nur die Anfangsgründe von Lesen und Schreiben, während die Gemeindeschule mit ihren neun ausgebildeten Lehrern, die alle praktizierende Katholiken waren, den Schülern kostenlos einen vollen modernen Lehrplan bot. Der Priester bezog in diesem einen Dorf mit seiner verarmten Bauern- und Fischerbevölkerung im Jahre 1945 zuhanden der Kirche 30 000 bis 40 000 Dollar an Einkünften, während das ganze Gemeindebudget nur 2675 Dollar an Ausgaben und Einnahmen aufwies. In den dreißiger Jahren bezog der Priester allein aus dem alljährlichen Kirchenfest ein Einkommen von rund 2000 Dollar und je 300 Dollar aus dem Ertrag dreier anderer Feste. Die Bauern, die zu arm sind, um Bargeld beizusteuern, liefern Mais, Bohnen und Weizen an den Priester ab, der den Erlös daraus in die eigene Tasche steckt. Der gegenwärtige Ortsgeistliche hat mit der Gemeindeschule Frieden geschlossen und läßt seine Leute die Kinder in sie schicken.

Man muß diese Dinge wissen, um die politische Rolle der Katholischen Kirche in Lateinamerika recht zu würdigen — diesem Erdteil, der jetzt, im Zuge der Revolution der unterentwickelten Völker, immer stärker in Bewegung kommt und uns noch viele Überraschungen bereiten wird. In der nächsten Weltrundschau gedenken wir unsere Darstellung mit einer Skizzierung des konservativen Katholizismus in Europa abzuschließen.

13. Mai

Hugo Kramer

Bericht über die Tagung vom 7. März 1954

Die Religiös-Soziale Vereinigung und die Freunde der «Neuen Wege» trafen sich am 7. März zu einer Tagung, an welcher vormittags nach einem kurzen Referat der Präsidentin, welches die momentane Situation unserer Bewegung darlegte, über aktivierendes Arbeiten und über aktuelle Fragen gesprochen wurde. Nachmittags sprach Gertrude Baer über das Thema «Was können Non Governmental Organisations in den Vereinten Nationen für Frieden und Freiheit tun?» Die Referentin berichtete über ihre Erfahrungen im Kampf für den Frieden und die Freiheit für die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, deren Vertreterin bei der UNO sie seit deren Gründung ist. Ihr werde manchmal gesagt, daß die Schweiz zu wenig Interesse für die